

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Umweltpolitik

Nr. 542/11 vom 13. Dezember 2011

Markus Matthießen und Dr. Michael von Abercron: NABU verabschiedet sich von der Energiewende!

Zur heute (13. Dezember 2011) veröffentlichten Mitteilung des NABU Hamburg und Schleswig- Holstein nehmen der örtliche Landtagsabgeordnete, Markus Matthießen und der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Michael von Abercron, wie folgt Stellung:

„Mit der Forderung nach einer sofortigen Außerbetriebnahme des Pumpspeicherkraftwerkes (PSW) Geesthacht hat sich der NABU von einer sachlichen Mitwirkung bei der Energiewende verabschiedet“, so der Landtagsabgeordnete Matthießen.

Die Aussage, dass es beim Betrieb des PSW zu einer massenhaften Vernichtung von Fischen komme, stehe bisher unbewiesen im Raum. Klar geregelt sei aber, dass die Anlage nach dem Stand der Technik betrieben werden müsse. Das schließe auch die technischen Anlagen zum Schutz der Fische ein. Über Gutachten müsse nun geprüft werden, was genau noch umgesetzt werden müsse. Das werde nicht von heute auf morgen möglich sein. „Deshalb ist für die nötige Umsetzung eine Frist von 5 Jahren festgelegt worden. Wir haben ein fundamentales Interesse am Schutz der Fischbestände und werden diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten“, so der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Michael von Abercron.

Das Gesetz sei im Landtag ohne Gegenstimmen verabschiedet worden und es herrsche überparteilich Konsens darüber, dass die vorhandene Kapazität des PSW Geesthacht im Sinne der Energiewende auch sofort genutzt werden müsse. Daher sei der jetzige Vorstoß des NABU fehl am Platze. Da die angeführte Argumentation nicht neu sei und um auch die leiseste Kritik von vornherein auszuräumen, habe man vorsorglich die Bedenken bezüglich der Fische bewusst mit ins Gesetz aufgenommen. Die ersten Abstimmungsgespräche zwischen den Beteiligten liefen bereits.

„Wir fordern auch vom NABU im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung den Prozess konstruktiv zu begleiten und sich nicht der Diskussion zu verweigern“, so Matthießen und von Abercron abschließend.